

Verlagsgesellschaft  
für Halle und Umgegend  
Halle, den 7. Dezember 1893.

# Halle'sche Zeitung



# Zeitung

Einziges Gebühre  
für die häufigste Zeit und deren  
Raum für Halle u. Umg. 1893  
Reklamen am Samstag befreit  
Preis für Halle 40 Pf.  
Kopiergebühren bei der Expedition  
und allen Anzeigen-Expeditoren.  
Sachliche Mittheilungen.  
Vorteilhaft.

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nummer 287. Halle, Donnerstag, 7. Dezember 1893. 185. Jahrgang.

Telegramm-Adresse: **Courier** Halle'sche.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 7. Dezember.** Der „Nationalzeitung“ zufolge rechnet man jetzt auf eine Mehrheit im Reichstage von dreißig Stimmen für den rumänischen Handelsvertrag.  
**Wien, 7. Dezember.** Die Kronprinzessin Stephanie ist an der Influenza erkrankt.  
**Rom, 7. Dezember.** Wie verlautet, wird Zanardelli heute das ihm übertragene Mandat zur Bildung eines neuen Kabinetts in die Hände des Königs zurücklegen. Dem „Popolo Romano“ zufolge hat der König über die von Zanardelli vorgelegene Ministerliste die Meinung geäußert, daß dieselbe der ernsten Lage nicht entspreche.

**Konstanz, 6. Dezember.** Die katholischen Einwohner der Stadt Krosche, in welcher jüngst, wie wir gemeldet haben, bei Schließung der katholischen Kirche die empörenden Greuelen vorfallen, haben ein erfahrungsgemäßes Anmeldegesetz an den Kaiser oftmals nicht in seine Hände gelangen, sich an den König von Dänemark gewandt mit der Bitte, der König wolle sich bei seinem Schwiegerkronen, dem Kaiser, dafür bemühen, daß die Eröffnung der katholischen Kirche in Krosche wieder gestattet würde.

**Großbritannien, 6. Dezbr.** Graf Zedlitz-Trübschler ist wieder ganz wohl.  
**Frankfurt, 6. Dezember.** Der Staatsminister des Innern von Schmidt hat heute Abend 6 Uhr gestorben.  
**Stuttgart, 6. Dezbr.** Der Regierungspräsident Frhr. Frank v. Fürstenerwirth ist heute Nachmittag gestorben.  
**Karlsruhe, 6. Dez.** Der Finanzminister erklärte bei Eröffnung der von allen Parteien eingereichten Interpellationen betreffend die Finanzreform des Reichs eine neue Steuern, daß die Gesamtregierung der Reform geneigt sei, da die im fortwährenden Schwanken befindlichen finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten zum Theile nicht den Bestimmungen der Reichsordnung entsprächen. Die bayerische Regierung habe der Stempel- und Zablafabriksteuer im Bundesvertrage die Zustimmung erteilt; die letztere liege den Zablafabrikanten große Verluste während sie die Fabrikanten ganz unumwunden und nur vorübergehend schädigen könne. Der Reichsvertrag habe ihnen unter Berücksichtigung der unabweislichen Schädigung der Bürger nicht zugestimmt. Dr. v. Brauer, der Minister des Auswärtigen, theilte mit, daß sich die Regierung auf die Beantwortung der Interpellationen beschränke, die den Verhandlungen jedoch mehr zugrundeliegen werde.  
**Wien, 6. Dezember.** Zwischen Krugalski und Strauß finden im Januar militärische Übungen des 1., 10. und 11. Armeekorps statt.

**Wien, 6. Dezember.** Nach einer der „Vol. Korresp.“ aus Petersburg eingehenden Meldung verläßt daselbst in diplomatischen Kreisen, daß der bisanzische Agent in Kairo, A. v. Gromer, für den Botschafterposten in Petersburg aussersehen sei.  
**London, 6. Dezember.** Der englische Gesandte in Brüssel, Plumet, wird nach Rom oder Petersburg versetzt werden.  
**Petersburg, 6. Dezember.** Laut kaiserlicher Bestimmung wurden in mehreren Gouvernements die Juden ausweisungen bis zum 1. Juli 1895 verhöben.  
**Stockholm, 6. Dezember.** Prinz Bernadotte ist an der Influenza verbunden mit Fieber erkrankt.  
**Kopenhagen, 6. Dezember.** Das Reichstelephon Kopenhagen-Stockholm ist heute für das Publikum eröffnet worden und funktioniert ausgezeichnet. Die Entfernung beträgt 150 Meilen.  
**Brüssel, 6. Dezember.** Der Korrespondent der „Independent“ in Rom meldet unter Vorbehalt das Gerücht, daß König Humbert die Abticht haben soll abzutreten.  
**Konstantinopel, 6. Dezember.** Die mit dem Orient-Express nach Konstantinopel Reisenden, sowie das Zugpersonal müssen sich in Mustapha Pascha einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Auf der Rückreise von Konstantinopel erleidet der Orient-Express bis Mustapha Pascha keine Unterbrechung.  
**Belgrad, 6. Dezember.** Der Finanz-Ausschuß der Schuphina hat den Vorschlag eines herbjährlichen Geschäftsträgers in Belgrad gestrichelt.  
**Madrid, 6. Dezember.** Der Kommandant Ganizares ist mit einer geheimen Mission von der spanischen Regierung nach Tanger beauftragt worden, wo er eine Abticht mit dem Sultan nachzugehen wird.  
**New-York, 6. Dezember.** Der Unfall der Angestellten der E. G. H. Halle'sche Bahn wurde durch Nachgeben, insofern seitens der Angestellten als seitens der Bahnverwaltung beendet.  
**New-York, 6. Dezember.** Dem „New-York Herald“ wird aus Lima unter dem 5. d. Mts. gemeldet, daß am Tage vorher dort eine große Volksversammlung stattgefunden hätte. Der Präsident Huancayo wäre am Feste seines Wahlsieges erschienen und hätte dem Volke für dessen Patriotismus gedankt und versprochen, die Interessen sowie die Ehre Perus zu schützen; er würde nötigenfalls die Nation aufrufen, ihre Abticht auf dem Schlachtfeld an seiner Seite zu thun. Die Kundgebung wäre schließlich in einem Tumult ausgeartet, so daß das Militär hätte einschreiten müssen.

### Auf zur Stadtverordneten-Stichwahl!

O Halle, 7. Dezember.  
Wie unseren Lesern hinfänglich bekannt, wird der kommende Sonnabend die Entscheidung darüber bringen, ob einige Sitze im Stadtverordneten-Kollegium Vertretern der Sozialdemokratie heimfallen sollen oder nicht; gilt es doch für die Wähler der dritten Abtheilung im 2. und 3. Bezirk, zwischen Kandidaten der Bürger-Partei und der Umstürzer ihre Wahl zu treffen, nachdem durch Zersplitterung der Stimmen der Bürger-Partei im ersten Wahlgange kein endgiltiges Resultat erzielt worden ist. Wir sind weit davon entfernt, aus dieser Zersplitterung einen Vorwurf für die eine oder andere Richtung zu konstruieren, finden es im Gegenteil sehr begreiflich, daß persönliche Wünsche zur Aufstellung verschiedener Kandidaten führen konnten, zumal dadurch höchstwahrscheinlich zugleich eine größere Zahl von Wählern, die zu den Gegnern der Sozialdemokratie zählen, mobil gemacht worden ist, als es der Fall gewesen sein würde, wenn bei der Bürger-Partei in den fraglichen Bezirken keine Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten wären. Denn in letzterem Falle wären gewiß noch mehr Wähler, als dies jetzt gescheh, in dem Gewisse: „Die Sache wird auch ohne mich gehen!“ von der Wahl fern geblieben. Leider ist nämlich die alte Vorurtheil und Feindschaft unserer Bürger-Partei bei diesen mit ihren Interessen-Fragen doch so eng verknüpften Wahlen noch immer nicht geschwunden. Unsere Bürger-Partei, in der so Mander häufig Halle als der herangewandenen Großstadt und unterer Nachbarstadt Leipzig Parallelen zieht, muß hinsichtlich der Beteiligung an den kommunalen Wahlen von der Bürger-Partei der letzteren sich geradezu bescheiden verstehen, denn während bei uns kaum ein Viertel der berechtigten Wähler an den Stadtverordneten-Wahlen sich betheiligte hat, gab es in Leipzig bei diesen ebenfalls in den letzten Tagen dort stattgefundenen Wahlen nicht weniger als 15 833 von 24 303 Wahlberechtigten, d. h. nahezu 70 pCt. ihre Stimmen ab. Man sieht, es fehlt bei uns noch gar sehr an dem nöthigen Interesse für die doch jedem Bürger besonders naheliegenden Dinge. Hoffentlich rütteln die bevorstehenden Stichwahlen Manche aus seiner Gleichgültigkeit auf, denn, das sei hier nochmals betont, es gilt die Entscheidung darüber, ob Vertreter der Umstürzer im Stadtverordneten-Saale ihren Einzug halten und dort, wenn gleich ihnen auch ein wirksamer Einfluß keineswegs zukommen dürfte, doch mit ihren Consequen, die Politik in der selben einseitig leitenden Dinge hineinziehenden Ausföhrungen die Verhandlungen unnöthig erschweren sollen. Man rede uns nicht davon, daß ein oder einige Sozialdemokraten dort am Platze seien, um unmaßigen Geldbewilligungen ein Ziel zu setzen; wer die Verhandlungen der Stadtverordneten genauer verfolgt, wird davon überzeugt sein, daß Opposition wahrhaftig schon jetzt genug gemacht wird; doch bewegt sich dieselbe unseres Erachtens bis auf ganz wenige Ausnahmen in durchaus sachlichen Bahnen, was aber — das muß jedem, der die Verhältnisse kennt, klar sein — unbedingt aufhören würde, wenn mehr oder weniger Sozialdemokraten als Vertreter der Bürger-Partei den Rathhaussaal „süeten“. Bei der von den verschiedenen Richtungen der Bürger-Partei im ersten Wahlgange abgegebenen Stimmenzahl dürfen wir die begründete Hoffnung hegen, daß es auch dies Mal gelingen wird, diesem Ereigniß vorzugehen; allerdings gehört dazu, daß Alle, die im ersten Wahlgange getrennt marſchirt sind, nun zusammenstehen, allein in dem Gedanken, Männern, die nicht Politik in die kommunalen Beratungen hinein tragen wollen, in die Vertretung der Bürger-Partei zu entsenden. Persönliche Wünsche müssen bei der Stichwahl bei den Mitgliedern der Bürger-Partei unbedingt hinter diesen sie alle einenden Gedanken zurücktreten. Aber nicht genug damit! Auch noch Vieles, die bei der ersten Wahl sich nicht am Wahltisch haben sehen lassen und diesen Gedanken theilen, müssen jetzt durch ihre Betheiligung an der Stichwahl den Freunden der Ordnung gegenüber den Umstürzern zum Siege verweisen; man lasse sich nicht in Gleichgültigkeit einwiegen durch die scheinbare Theilnahmlosigkeit der Sozialdemokraten in diesen Dingen, wie sie in dem schwachen Reich ihrer Wahlversammlungen zu Tage getreten ist: Die Organisation dieser Partei könnte sonst leicht dem Wahltage arge Enttäuschungen für die Bürger-Partei bringen. Also auf zur Stichwahl! Gebe Mann für Mann nächstens Sonnabend seine Stimme für die Kandidaten der Bürger-Partei ab, nämlich im 2. Bezirk für Herrn Regierungsbaumeister Gasse, im 3. Bezirk für die Herren Kaufmann Welsch und Sägewerksbesitzer Berghaus!

### Deutsches Reich.

\* Der Kaiser kam am Mittwoch Vormittag nach Berlin. Auf der Fahrt dorthin war der Generalintendant Graf Kochberg zum Vortrag befohlen. Während seines Aufenthaltes in Berlin wohnte der Kaiser der Generalprobe „Aus eigenem Necht“ von Ernst Widmer im Berliner Theater mit bei. Sodann wurde der Reichskanzler Graf Caprivi zum Vortrag bei den Kaiser ins Neue Palais befohlen.  
\* Neue Trompeten-Fantassen wurden am Donnerstag im Neuen Palais vor dem Kaiser erprobt. Auf Befehl des Kaisers kamen zwei Fantassen der Landwehr aus dem 15. Jahrhundert zum Vortrag, die nur das Trompetersorchester des Garde-Ärztlich-Regiments einstudirt hat. Die dazu gehörigen Stimmen befinden sich in der königlichen Bibliothek und sind dort auch wieder abgegeben worden. Zu den Fantassen wurden auch Trompeten benutzt, die gleichfalls aus dem 15. Jahrhundert stammen. 7 Fuß lang sind und damals als Läuten benutzt wurden, außerdem vier Kesselpfeifen. Der Kaiser fand ein derartiges Geschehen an der Musik, daß das Trompetersorchester für den 12. d. M. wiederum an das Neue Palais beordert ist. Zu gleicher Zeit wird sich auch der Männegejangverein aus Hannover vor dem Kaiserpaar hören lassen.  
\* Wie bereits gemeldet, hat Herrgott Albert von Sachsen-Coburg und Gotha auf seine Würde als Mitglied des englischen Privy Council endgiltig verzichtet. Mit Rücksicht auf die hierin Zugehörigkeit des Herzogs zu vordemwärtiger hoher Persönlichkeit gelassen, nicht immer lebensdienlichen Erweiterungen, muß man es dem Herzog dank wissen, daß er durch seinen Entschluß jenen für beide Nationen unerwünschten Verwicklungen ein Ende bereitet und den daraus gezogenen Konsequenzen den Boden genommen hat. Denn daß die aus der fortwährenden Zugehörigkeit eines deutschen Fürsten zu dem englischen Privy Council abgeleiteten Nebenfolgen so ganz grundlos gewesen seien, dürfte sich kaum behaupten lassen. Vielmehr erscheint es zweifellos, daß nur ein englischer Minister zu dem Mitgliedschaft des Privy Council beitragen kann. Ein solcher aber würde gegebenenfalls von englischen Gerichten vor ihr Forum gezogen werden können. Hieraus ergibt sich, daß der deutsche Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha bei Wahrung seiner Mitgliedschaft des Privy Council schlechter gestellt gemein wäre als J. B. der Sultan von Lahore, obwohl letzterer im Verhältnis der Abhängigkeit von England steht. Man darf nunmehr wohl hoffen, daß eine solche Möglichkeit, die in Deutschland peinlich empfunden worden sei würde, nach dem Verzicht des Herzogs ausgeschlossen ist.  
\* Die Nachricht, daß ein Minister des Innern sich in eine Unterhandlung eingelassen, ist der Minister des Innern, Graf v. Waldersee ist nun, wie aus Altona gemeldet wird, vollständig wieder hergestellt. Der Kaiser hat sich wiederholt telegraphisch nach dem Befinden des Grafen erkundigen lassen.  
\* Der „Post. Bl.“ wurde gemeldet, daß der frühere Kultusminister Graf Zedlitz-Trübschler auf dem Abendessen, den er am Montag bei Graf v. Strehlitz (Oberpräsident) unterhalten, ein früheres Vieh, an einer Augenentzündung erkrankt, sondern von Schläge getroffen worden sei. Der Zustand des Kranken wäre sehr besorglich, es seien mehrere auswärtige Ärzte zugezogen worden. Dagegen wird der „Neueste“ aus G. Strehlitz telegraphisch gemeldet, daß Graf Zedlitz am 28. v. M. gesund von dort abgereist sei. Die ungenügenden Nachrichten über sein Befinden waren somit falsch.  
\* An den in Aussicht genommenen militärischen Winterübungen sollen sämtliche Truppenteile der Garde theil nehmen. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei den Genietruppen, in erster Linie den Pionieren und auch dem Garde-Train zugewendet werden. Da der Brückentrain sicheren Vernehmen nach mit in die bevorstehende Winterübung rückt, scheint ein Fußübergang über die Havel in der Nähe von Brandenburg geplant zu sein unter der Annahme, daß dort keine festen Brücken vorhanden seien.  
\* In der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Bundesraths stehen die Beschlüsse über das Patentgesetz und über das Gesetz, betr. den Schutz von Gebrauchsmarkten, ferner über Anwendung des Militärstrafrechts für Eisenbahnen bei der Beförderung von Kriegsgeldmitteln; die Neuwahl von fünf Mitgliedern der Kommission für Arbeiterstatistik, sowie Ausschussberichte, darunter über den Entwurf von Bestimmungen wegen der Nachmittagspausen der in Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Eingaben.  
\* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr halten gestern eine Sitzung.  
\* In der Montagssitzung der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Handelsvertrages nahm der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe und der Wirtschaftlichen Vereinigung, Hrn. v. v. Blöcher Gelegenheit, zu betonen, daß auch für die Landwirtschaft die größte Interesse darin liege, die Industrie gefördert und möglichst zu sehen. Es könne den Landwirthen aber doch unmöglich zugemutet werden, diese Förderung der industriellen Interessen mit dem eigenen Ruin zu erkaufen, der durch einen Vertrag mit Rumänien und namentlich mit Rußland unbedingt befestigt werden würde. In Bezug auf Spanien habe er feststellend nur das Prinzip vertreten, daß nur Landwirthe ausgeben gegen diesen Vertrag können müssen, weil wir überhaupt keinen Tarifvertrag auf 10 Jahre haben wollten, besonders aber keinen solchen, der nicht das einzige Gebotnis in den Vertragsländern berücksichtige. Bei Rumänien liegt der Schwerpunkt nun aber darin, daß durch Ermöglichung unserer Getreide- und Viehschlächtere die deutsche Landwirtschaft gar zu schwer geschädigt wird, und dies um so mehr, als Rumänien gegen Rußland seine landwirtschaftlichen Rolle erhebt, die Gefahr also stets vorliegt, daß Rußlands Produkte über Rumänien zu uns eingeführt werden.  
\* Ein Gesetz überdrückter Jenge über die Nachlage der Landwirtschaft. In dem jüngst erschienenen Bericht des Grafen Wolff-Berens über die fruchtbarste Nach-





